

Politische Aufforderungen für eine klimagerechte Archi- tektur in Stadt und Land

Prolog: Für ein neues Selbstver- ständnis von Architektin- nen und Architekten

Die politische Forderung nach einem klimaneutralen Gebäudebestand ist richtig. Das Errichten und Betreiben von Gebäuden ist derzeit extrem energie- und materialintensiv. Das muss sich ändern.

Mit unserer Arbeit können wir Architektinnen und Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplaner exemplarisch zeigen, wie die enormen Umweltbelastungen unserer verbrauchsorientierten Wirtschaftsweise reduziert werden können. Wir können zeigen, wie ein kreatives Einsparen von Ressourcen möglich ist. Wir können zeigen, wie mit regenerativen Energien und mit nachwachsenden und wiederverwendbaren Rohstoffen eine klimaneutrale Architektur gestaltet werden kann. Wir können zeigen, wie Bestandsgebäude ökologisch und sozial saniert werden. Architektur kann so ein motivierendes und positives Zukunftsbild mitgestalten.

Wir brauchen architektonische und städtebauliche Entwürfe, die so weitsichtig und verantwortungsvoll geplant sind, dass sie über einen langen Zeitraum Bestand

haben. Dafür müssen sie gleichermaßen ökologischen und gestalterischen Kriterien gerecht werden.

Ein ökologisch verantwortliches Handeln ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Architektinnen und Architekten, Stadtplanerinnen und Stadtplaner stehen zu den Klimazielen von Paris und tragen mit ihrem Wirken Verantwortung für Gesellschaft und Umwelt.

Verbunden ist damit ein geändertes Rollenverständnis des Berufsstands: ökologische Konzepte und Strategien sind künftig intensiver gemeinsam und kooperativ mit den Menschen vor Ort zu erarbeiten und wenn möglich umzusetzen. In Beteiligungsprozessen kann die Wirkungsmacht des persönlichen Verhaltens erlebt und so die Motivation und Akzeptanz für den notwendigen ökologischen Wandel gestärkt werden.

Kernpunkte verantwortungsvoller Klimapolitik

Das Umdenken braucht einen politischen Rahmen, der das ambitionierte Ziel eines klimaneutralen Gebäudebestands mit Vorgaben und Anreizen unterstützt. Und es bedarf einer zügigen und entschiedenen Umstellung auf ein

Preis- und Steuersystem, das auf den wahren ökologischen Kosten von Energie, Rohstoffen und Materialien basiert.

Der European Green Deal, der unter anderem ein Energie- und ressourcenschonendes Bauen und Renovieren fordert und fördert, ist als konsequentes und sektorenübergreifendes umweltpolitisches Wirtschaftsprogramm weiterzuentwickeln und von den Mitgliedstaaten umzusetzen.

Verantwortliche Klimapolitik beruht auf folgenden Prinzipien, die durchgängig in der Gesetzgebung zu verankern sind:

- die Bedürfnisse der Menschen sind mit den Erfordernissen der Natur in eine Balance zu bringen
- der Verbrauch an Energie und Material wird ganzheitlich bewertet
- die ökologischen Wirkungen von Gebäuden werden über den gesamten Lebenszyklus betrachtet
- Umweltkosten sind vom Verursacher zu tragen und nicht länger von der Gesellschaft

Auf diesen Kernpunkten basieren die Thesen des Bundes Deutscher Architektinnen und Architekten BDA und die daraus resultierenden politischen Aufforderungen.

1

Kultur des Experimentierens: Innovationen fördern

Die ambitionierteren EU-Klimaziele für 2050 sind richtig. Sie erfordern jedoch neue Denk- und Handlungsoptionen für die Architektur.

Warum?

Wir brauchen Kreativität, Freiräume und Innovationen, um umweltverträgliche Bauweisen und Materialien, um architektonische und städtebauliche Konzepte, die ökologische Verhaltensweisen der Nutzer ermöglichen, zu entwickeln und zu testen.

Politische Aufforderungen:

- ein substanzieller Anteil – mindestens fünf Prozent – aller öffentlichen Bauinvestitionen ist für Experimente in klima- und ressourcenangepasste Architektur vorzusehen
- Reallabore, wie sie zum Beispiel im Bereich der Digitalisierung als institutionelle Testräume eingesetzt werden, sind systematisch im Bauwesen zu etablieren und so Innovationen durch temporäre Modifikation des rechtlichen Rahmens zu befördern
- Baugesetze und -verordnungen sind generell mit rechtlichen Gestaltungsspielräumen und Experimentierklauseln unter Berücksichtigung der Gemeinwohlverpflichtungen zu verfassen
- Baugesetze und -verordnungen sind durch aktives regulatorisches Lernen weiterzuentwickeln
- technische Regelwerke und Sicherheitsstandards sind so zu formulieren, dass sie vielschichtige Lösungen, Experimente und Innovationen ermöglichen

2

Energie- und Materialverbrauch: ganzheitlich im Lebenszyklus bewerten

Klimaneutrales Bauen erfordert eine ganzheitliche Bewertung aller relevanten Umweltwirkungen.

Warum?

Erst ein ganzheitliches Verständnis vom Bauen und vom Nutzen von Gebäuden sowie von Energie und Material ermöglicht eine integrale und ressourcenschonende Architektur.

Politische Aufforderungen:

- die bestehende Fokussierung des Gesetzgebers auf den Energieverbrauch während der Gebäudenutzung ist um den für das Bauen eingesetzten Materialverbrauch auf Basis von Ökobilanzen zu erweitern
- für die CO₂-Bilanz von Baumaterialien, technischen Anlagen und Bautechnologien ist eine Informationspflicht einzuführen
- eine umfassende und länderübergreifende Lebenszyklusbetrachtung ist rechtlich zu integrieren, die von Rohstoffabbau, Materialerzeugung, Produktherstellung, Transport sowie Bau, Nutzung und Instandhaltung des Gebäudes bis zu dessen Abbruch, Wiederverwendung und Entsorgung reicht

3

Einfach intelligent: Technik und Verbrauch reduzieren

Architektonisch-bauliche Lösungen, die weitestgehend ohne zusätzliche Technik eine Energie- und Materialeinsparung ermöglichen, erhalten Priorität.

Warum?

Technische Anlagen führen oft zu einem gesteigerten Energieeinsatz in der Nutzung und im Unterhalt. Der Einsatz von Technik wird derzeit durch Normen begünstigt.

Politische Aufforderungen:

- in Ergänzung zum anlagentechnischen Nachweis sind alternativ architektonisch-bauliche Lösungen als ausreichend anzuerkennen, wenn auf diese Weise die geforderte Energieeffizienz des Gebäudes erreicht wird
- technische Normen und Regulierungen sind so zu gestalten beziehungsweise anzupassen, dass reparaturfähige, wartungsarme und damit energie- und ressourcensparende Gebäudeenergiekonzepte zum Standard werden
- ein wirkungsvoller CO₂-Preis ist zu erheben, der die Wettbewerbsfähigkeit regenerativer Materialien und energieeffizienter Bauweisen unterstützt
- nachhaltige Verhaltensweisen der Nutzer sind zu motivieren, indem die CO₂-Bilanz von Materialien, Technik und dem nutzerbestimmten Energieverbrauch durch ein leicht verständliches Bewertungssystem (Ampel) transparent dargestellt wird
- der tatsächliche Energieverbrauch während der Nutzung ist durch ein Monitoring zu erheben und zu begleiten

4

Achtung des Bestands: Gebäude nachhaltig sanieren

Bauen muss vermehrt ohne Neubau auskommen.

Warum?

Gebäude zu sanieren und zu qualifizieren statt sie abzureißen, ermöglicht, dass eingesetzte Rohstoffe und Materialien weiter genutzt werden und dass bezahlbarer Wohn- und Arbeitsraum erhalten bleibt.

Politische Aufforderungen:

- bei Veränderung und Umnutzung von Bestandsgebäuden ist von der Aufsichtsbehörde zu begründen, wenn die Erfüllung der aktuellen Bauordnungsvorschriften gefordert wird; anderenfalls soll Bestandschutz gelten
- die „graue Energie“ von Bestandsgebäuden ist konsequent in die energetische Bewertung in Form eines Bonussystems einzubeziehen
- der Erhalt der „grauen Energie“ in Bestandsgebäuden ist staatlich bevorzugt zu fördern
- für den Abbruch von Gebäuden ist eine Nachweispflicht einzuführen, die darlegt, dass eine Weiternutzung, auch von Teilstrukturen, technisch nicht darstellbar ist; anderenfalls sind die Abbruchkosten von Gebäuden nicht mehr als Werbungskosten und Betriebsausgaben steuermindernd anrechenbar
- der Einsatz regenerativer Dämmmaterialien ist deutlich stärker zu fördern
- der Quartiersansatz zur energetischen Sanierung muss stärker als staatliche Aufgabe wahrgenommen werden

5

Zirkuläre Materialkreisläufe: weniger Abfall, mehr Wertstoffe

Der folgenlose Abriss bestehender Gebäude ohne Berücksichtigung des ökologischen Wertes der verbauten Ressourcen ist nicht länger hinnehmbar.

Warum?

Viele Bauteile und -materialien eignen sich für eine Weiterverwendung in neuen Bauvorhaben und vermeiden so eine ressourcenverbrauchende Neuproduktion und reduzieren gleichzeitig das Abfallaufkommen.

Politische Aufforderungen:

- der Mehrwertsteuersatz für wiederverwendete Bauteile und -materialien ist signifikant zu reduzieren
- verpflichtend ist zu regeln, dass 80 Prozent der im Neubau eingesetzten Baumaterialien wiederverwendbar sind
- ein sortenreiner Materialeinsatz und reversible Verbindungen für einfache Trennbarkeit sind gesetzlich zu verankern
- vereinfachte technische Normen und Regulierungen sind notwendig, so dass Baustoffe und Bauteile auf einfache Weise wiederverwendet werden können
- die Abfallverbringung muss sich durch entsprechende Besteuerung an den ökologischen Folgekosten bemessen und umweltschädliche Abfallexporte sind zu verbieten

6

Bodenpolitik: umwelt- und sozialgerecht

Bodenpolitik orientiert sich gleichermaßen am Gemeinwohl wie an einer ökologisch verantwortlichen Bodennutzung.

Warum?

Boden ist ein nicht vermehrbare Gut, dessen Wert für die Gesellschaft wie für eine intakte Natur nur unzureichend in der marktwirtschaftlichen Logik abgebildet wird.

Politische Aufforderungen:

- im Sinne einer langfristig orientierten Bodenpolitik sind die Kommunen bei der Bodenbevorratung finanziell mit einer Zweckbindung zu unterstützen
- Steigerungen des Bodenwerts, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen
- Stadtentwicklungsvorhaben sind hinsichtlich ihrer bodenschonenden, ressourcengenerierenden und klimastabilisierenden Auswirkungen zu bewerten
- für einen reduzierten Flächenverbrauch ist die ökologisch begründete Innenentwicklung der Städte und Gemeinden gegenüber der Außenentwicklung über die bestehenden rechtlichen Regelungen im Baugesetzbuch gesetzlich zu priorisieren
- das Erbbaurecht ist von den Kommunen verstärkt für eine soziale und ökologische Liegenschaftspolitik und Bodenvergabe zu nutzen
- im Sinne des Gemeinwohls sind frei werdende Verkehrsflächen und Parkplätze in öffentliche Räume und Grünräume umzuwandeln

7

Kapitalmarkt und Finanzierungsmodelle: verantwortlich investieren

Kapitalmarkt und Finanzprodukte, Investoren und Immobilienbranche müssen von der Politik zu einem nachhaltigen Verhalten bewegt werden.

Warum?

Der auf ökonomische Effizienz abstellende Immobiliensektor haftet bisher nur unzureichend für die von ihm zu verantwortenden ökologischen Kosten. Ein klimaneutraler Gebäudebestand kann nur mit einer steuerlichen Motivation des Immobiliensektors erreicht werden.

Politische Aufforderungen:

- für nachhaltige Finanzanlagen sind eindeutige Kriterien zu definieren, an denen sich Nachhaltigkeit bemisst
- für nachhaltige Immobilien sind ökologische und qualitätsorientierte, ganzheitliche und anspruchsvolle Referenzwerte festzulegen
- die Vergabe von Krediten und Fördermitteln ist an Kriterien für nachhaltige Immobilien auszurichten

8

Regionen: Städte und Gemeinden stärken

Klein- und Mittelstädte sind als Wohn- und Arbeitsorte zu festigen sowie in ihrer Qualität und regionalen Identität durch eine stringente Regionalplanung und Raumordnungspolitik zu stärken.

Warum?

Um den Flächenverbrauch und die steigenden Pendlerströme radikal zu reduzieren, ist das Leben in ländlichen Klein- und Mittelstädten attraktiv zu gestalten. Besondere Relevanz kommt dabei den Zentren dieser Orte zu.

Politische Aufforderungen:

- in der Raumordnungsplanung ist eine ressourcenschonende Siedlungspolitik verpflichtend zu verankern
- die Regionalplanung ist mit höherer Entscheidungskompetenz zur Umsetzung klimapolitisch begründeter Vorhaben, auch gegenüber den Kommunen, auszustatten
- Erhaltung, Umbau und experimentelle Umnutzung von Bestandsgebäuden sind intensiv durch Förderprogramme zu unterstützen
- integrierte Entwicklungskonzepte sind rechtlich verpflichtend von den Kommunen aufzustellen und die Fördermittel dafür sind zu verstetigen und auszubauen
- Zusammenarbeit der Kommunen ist finanziell stärker zu unterstützen, auch zur Finanzierung des notwendigen Fachpersonals, und mit Zweckbindung zu versehen
- Reallabore sind auch auf regionaler Ebene als Experimentierfelder für ein ressourcenschonendes Bauen und Wirtschaften zu etablieren

9

Öffentliche Auftraggeber: Pioniere des Wandels

Öffentliche Auftraggeber müssen ihre Rolle als Pioniere des ökologischen Bauens stärken.

Warum?

Mit seinem Vorbildcharakter kann der Staat das Erproben neuer, ungewöhnlicher Wege beispielgebend aufzeigen und zum Nachahmen einladen.

Politische Aufforderungen:

- in die Vergabeentscheidungen für Planungs- und Bauleistungen sind verbindliche ökologische Kriterien zu integrieren
- die finanzielle Budgetierung von Planungs- und Bauvorhaben ist vom Primat der Erstellungskosten zu lösen und auf eine ganzheitliche Betrachtung umzustellen, die auch Betriebs- und ökologische Folgekosten im gesamten Lebenszyklus auf Basis transparenter und allgemein zugänglicher Daten berücksichtigt
- durch rechtliche Regelungen ist der zirkuläre Materialeinsatz für öffentliche Bauvorhaben verbindlich zu regeln, Abweichungen davon sind zu begründen
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bauverwaltungen sind regelmäßig zum ökologischen Bauen fortzubilden (in der Ausbildung der Bauverwaltungen ist ökologisches Bauen verstärkt zu lehren)